



NATURKATASTROPHEN: NEUE PERSPEKTIVEN

Die weltweit größten Rückversicherer berücksichtigen den Klimawandel in ihren Modellen. Sind Naturkatastrophen noch versicherbar?

Mehr dazu auf Seite 4

SICHER AUF ACHSE: RISIKEN & VERSICHERUNGSPFLICHTEN

Viele Menschen wählen das eigene Kfz als Fortbewegungsmittel in den Ferien. Voraussetzung dafür ist eine zwingend vorgeschriebene Kfz-Haftpflichtversicherung.

Mehr dazu auf Seite 8

BETRIEBLICHE UND PRIVATE ALTERSVORSORGE

7 Gründe anhand von Zahlen, Daten und Fakten sprechen klar für einen Ausbau der zweiten und dritten Säule des Pensionssystems.

Mehr dazu auf Seite 10



Zukunftsthema

Altersvorsorge

Unser staatliches Pensionssystem steht auf der Kippe. Es braucht neue Lösungen, die Versicherungswirtschaft kann hier einen wichtigen Beitrag für die Zukunft leisten.

VVO-Generalsekretär Mag. Christian Eltner

Ist unser Pensionssystem fit für die Zukunft? Es gilt inzwischen als unumstritten, dass das bisherige Modell auf lange Sicht aus Steuergeldern schwer finanzierbar ist. Die aktuelle Regierung hat Maßnahmen angekündigt, um zukünftig den Staatshaushalt zu entlasten. Erreicht werden soll das unter anderem durch die Erhöhung des faktischen Pensionsantrittalters. So soll das früheste Alter für die Korridor pension von 62 auf 63 angehoben und die dafür erforderlichen Versicherungsjahre auf 42 aufgestockt werden.

In den Diskussionen dreht es sich hauptsächlich um die staatlichen Pensionen. Zu begrüßen ist, dass die Regierung einige Vorschläge der privaten Versicherer

aufgegriffen hat und die Rahmenbedingungen für die betriebliche und private Altersvorsorge verbessern will. So soll, neben anderen Vorhaben, die Umschichtung der Abfertigung neu in eine Pensionskasse ermöglicht und die Zukunftssicherung im Rahmen der budgetären Möglichkeiten angehoben werden. Weiters soll die Mitarbeitervorsorge freiwillig aufgestockt werden können. Die Agenden der Alterssicherungskommission sollen auch die zweite und dritte Säule umfassen.

Diese Maßnahmen stellen einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Sie reichen aber noch nicht ... die Zeit drängt.

© VVO/K. Patzak



Als Interessensvertretung der österreichischen Versicherungswirtschaft sind wir im laufenden Austausch mit den politischen Entscheidungsträgern und bringen unsere Expertise ein. Wir wollen einen Beitrag für die Zukunft Österreichs leisten und Teil der Lösung sein. Denn die Zukunft kann nur gemeinsam gestaltet werden. Im Sinne eines guten Miteinanders und im Sinne der nächsten Generationen.



© Liebentritt

Strategien für ein nachhaltiges Pensions-System

Wie die Versicherungswirtschaft zur Stabilisierung der Altersvorsorge beitragen kann.

VVO-Präsident Mag. Gregor Pilgram

Die staatliche Pension gerät durch die demografische Entwicklung zunehmend ins Wanken. Immer mehr Pensionistinnen und Pensionisten stehen immer weniger Erwerbstätigen gegenüber. Die Lebenserwartung steigt, die Pensionsbezugsdauer ebenso – mit enormen finanziellen Folgen. Das Solidaritätsprinzip braucht jetzt starke Partner, um weiterhin zu funktionieren.

Hier kommt der Versicherungswirtschaft eine zentrale Rolle zu. Private Vorsorge ist kein Nice-to-have mehr, sondern essenziell für finanzielle Stabilität im Alter. Lebensversicherungen sind dabei das einzige Produkt, das lebenslange Auszahlungen garantiert

– und damit ein entscheidender Beitrag zur Sicherung von Lebensstandard und Unabhängigkeit. Auch Berufsunfähigkeits- und Grundfähigkeitsversicherungen sichern Existenzen, wenn Krankheit oder Unfall das Erwerbsleben abrupt beenden. Gerade Frauen sind überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen. Unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeitbeschäftigung und Care-Arbeit führen zu geringeren Pensionsansprüchen. Die Armutsgefährdung alleinlebender Pensionistinnen liegt bei 28 Prozent. Hier kann gezielte private Vorsorge einen Unterschied machen – und muss daher stärker gefördert werden.

Falsche Selbsteinschätzung

Hinzu kommt ein verbreitetes Missverständnis: Viele Menschen unterschätzen ihre Lebenserwartung deutlich und rechnen mit zu geringen Lebenshaltungskosten im Alter. Tatsächlich geben über 60-Jährige

etwa die Hälfte ihres Einkommens für Fixkosten aus – deutlich mehr, als viele erwarten. Die Versicherungswirtschaft wirkt hier als Stabilitätsanker: Sie übernimmt Risiken, entlastet den Staat, schafft Planungssicherheit für Haushalte und Unternehmen.

Was jetzt notwendig ist: bessere Rahmenbedingungen. Steuerfreie Beiträge zur Zukunftssicherung nach § 3 (1) 15a EStG sollten deutlich erhöht und automatisch valorisiert werden. Die prämiengünstige Zukunftsvorsorge braucht eine zeitgemäße Reform. Und die Alterssicherungskommission muss erweitert werden. Diese Maßnahmen sind einfach, kosteneffizient und bringen langfristig große gesellschaftliche Wirkung. Klar ist: Wenn ein Vorsorgedepot steuerlich begünstigt wird, darf das für Lebensversicherungen nicht weniger gelten. Denn wer Verantwortung übernimmt, sollte dabei unterstützt werden – für ein stabiles System, das allen nützt.

Das österreichische Sozialsystem ist ein leistungsfähiges, stößt aber aufgrund des voranschreitenden demografischen Wandels immer stärker an seine finanziellen Grenzen. Schon jetzt braucht es jeden vierten Steuer-Euro, um das gesetzliche Pensionssystem zu stützen, womit wir in Österreich einen höheren Pensionszuschuss aus Steuermitteln aufbringen müssen als beispielsweise Deutschland. Ganz oben auf der To-do-Liste der Bundesregierung steht daher eine rasche und nachhaltige Reform des Pensionssystems, wenn wir nicht unseren Kindern und Kindeskindern eine enorme finanzielle Belastung aufbürden möchten.

Die ersten Ansätze der Bundesregierung in Richtung einer Stabilisierung des umlagefinanzierten Pensionssystems sind auf jeden Fall erfolgt. Diese „größte Pensionsreform seit 20 Jahren“ wird laut Experten jedoch nicht ausreichen, um unser sehr teures und auf einem Bein stehendes Pensionssystem wieder auf Spur zu bringen. Denn angesichts eines jahrzehntelangen Reformstaus und der älter werdenden Bevölkerung bei einer gleichzeitig historisch niedrigen Geburtenrate ist es höchst an der Zeit, das System nicht bloß zu stabilisieren, sondern rasch zukunftsfit zu machen. Wenn man das Ziel, ein für viele Generationen gerechtes und verlässliches Pensionssystem zu schaffen, erreichen möchte, sind weitere Schritte wie eine Anhebung des allgemeinen gesetzlichen Pensionsantrittsalters unvermeidlich. Nur so wird es gelingen können, die Belastung für den Staatshaushalt in Grenzen zu halten und damit die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs wiederherzustellen bzw. für die Zukunft zu sichern.

Dazu braucht es den Mut zum Gestalten und einer offenen, transparenten Kommunikation. Wichtig ist, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass diese Maßnahmen notwendig sind – selbstverständlich unter Berücksichtigung des Vertrauensschutzes, damit sich die Menschen darauf einstellen und entsprechend vorbereiten können. Neben diesen Reformschritten und einer umfassenden Finanzbildung ist aber auch die Stärkung der privaten und



© Beatriz Hasler

betrieblichen Vorsorge – als Ergänzung zur gesetzlichen Pension – für breite Bevölkerungsschichten unumgänglich. Denn nur dann wird diese auch einen zentralen Beitrag zur Entlastung der gesetz-

Reicht die Pensionsreform?

Dr. Ralph Müller, Vizepräsident des VVO, über die Pensionsreform-Bemühungen der neuen Bundesregierung.

„Wenn man ein nachhaltiges und generationengerechtes Pensionssystem schaffen möchte, ist eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters unvermeidlich.“

VVO-Vizepräsident Dr. Ralph Müller

lichen Vorsorgesäule leisten können. Aktuell sehe ich hier Defizite, was steuerliche Rahmenbedingungen betrifft. Unsere Vorschläge liegen seit längerem auf dem Tisch, jetzt ist die Bundesregierung am Zug, diese umzusetzen. Vorbilder, wie ein stabiles Pensionssystem in der Praxis funktionieren kann, finden sich in Skandinavien: Ein ausgewogener Mix aus staatlicher Pension, betrieblicher und privater Altersvorsorge sorgt hier seit Jahrzehnten für ein allgemein hohes Pensionsniveau, ein stabiles und nachhaltig finanziertes Rentensystem und einen gesunden Staatshaushalt.

STÄRKUNG DER ZUSATZPENSIONEN – WARUM ES DRINGEND NOTWENDIG IST, JETZT ZU HANDELN

Die Versicherungswirtschaft ist ein starker Partner für die Wirtschaft und die Menschen in Österreich. Der Sektor trägt wesentlich zur heimischen Wertschöpfung und zum Wohlstand im Land bei. Bei der notwendigen Reform des Pensionssystems kann die Branche Teil der Lösung sein.

Welchen Beitrag kann die Versicherungswirtschaft leisten, um das staatliche Pensionssystem zu entlasten? Wo gibt es bei der betrieblichen und privaten Altersvorsorge dringenden Handlungsbedarf? Welche Anreize wären für die Bevölkerung notwendig?

Diesen drei Fragen gingen Mag. Gregor Pilgram, VVO-Präsident; Univ.-Prof. Dr. Christian Helmenstein, Geschäftsführer Economica Institut für Wirtschaftsforschung und Mag. Christian Eltner, VVO-Generalsekretär im Rahmen einer Pressekonferenz nach.

Unser
LinkedIn-
Tipp
für Sie

Folgen
Sie uns:





„Naturkatastrophen werden weltweit häufiger und intensiver – mit drastisch steigenden Schäden.

Die Frage nach der Versicherbarkeit rückt dabei zunehmend in den Fokus. Prävention, Risiko-Tools wie HORA und ein stärkeres Bewusstsein sind entscheidend, um auch zukünftig einen geeigneten Versicherungsschutz anbieten zu können.“

VVO-Vizepräsident Mag. Klaus Scheitegel

Naturkatastrophen: *Neue Perspektiven für Versicherungen*

Die Schäden nach Extremwetterereignissen nehmen immer größere Dimensionen an. Die weltweit größten Rückversicherer berücksichtigen den Klimawandel in ihren Modellen. Aber immer häufiger wird die Frage gestellt, ob Naturkatastrophen noch versicherbar sind. Wo kann die Reise hingehen?

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass über eine Naturkatastrophe berichtet wird. Sind es in den Ozeangebieten oft Hurrikane und Sturmfluten, so zählen in Europa und hierzulande Starkregen, Dürre und alpine Wetterereignisse zu den häufigsten Bedrohungen. Mit zunehmender Häufigkeit und Intensität wachsen auch die Schadenshöhen rasant.

Schadenssummen auf Höchststand

Der Rückversicherer Munich Re bezifferte die Gesamtschäden aus Naturkatastrophen im Jahr 2024 mit 320 Milliarden Dollar weltweit. Davon versichert waren nur knapp 44 Prozent, konkret 140 Milliarden Dollar. 2024 zählt damit zu den schadenträchtigen Jahren für Versicherungen und Rückversicherer, im Jahresvergleich zu 2023 mit Gesamtschäden in der Höhe von 268 Milliarden Dollar und auch im Vergleich zum 30-jährigen Durchschnitt: In den Jahren 1994 bis 2023 lagen die Schäden bei 181 Milliarden Dollar (gesamt) bzw. 61 Milliarden Dollar (versichert).

Ähnlich bewertet auch Swiss Re, ein weiterer großer Player am Rückversicherungsmarkt, die Lage. Die Modellberechnungen der Schweizer zeigen, dass Hurrikane und Erdbeben allein in einem Spitzenjahr weltweite versicherte Naturkatastrophen-Schäden in der Höhe von bis zu 300 Milliarden Dollar verursachen könnten. Insbesondere dann, wenn dicht besiedelte, städtische Gebiete betroffen sind.

Die Grenzen der Versicherbarkeit

Anders als bei allgemeinen Schadensrisiken, für welche die erwarteten Auszahlungsverpflichtungen an Versicherungsleistungen aus einem Versicherungsvertrag relativ genau kalkuliert werden können, sind Risiken aus Naturkatastrophen nur schwer kalkulierbar. Es wird daher auch für global agierende Rückversicherer immer schwieriger, die Entwicklungen der Naturkatastrophen-Risiken für die Risikoübernahme richtig zu bewerten. Einige Rückversicherer ziehen sich sogar aus dem Markt zurück. Dies führt zu steigenden Preisen und Kapazitätsengpässen.

Europa ist von der Entwicklung überproportional betroffen, insbesondere die alpinen Gebiete und damit auch Österreich. Das ergibt sich aus der Topografie: Die hohen Gebirgsmassen speichern mehr Wärme. Das wiederum führt zu mehr Niederschlag, denn mit jedem Grad Erwärmung kann Luft um 6 bis 7 Prozent mehr Wasser tragen. In einem wärmeren Klima steigt folglich die Gefahr von Starkregen und großen Niederschlagsmengen.

Die Versicherbarkeit ist ein wesentlicher Aspekt der Auswirkungen des Klimawandels. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Prävention und entsprechende Anreize, um die Dringlichkeit dafür im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu stärken.

DIE SITUATION IN ÖSTERREICH

So leisteten die österreichischen Versicherer im Vorjahr und 1,6 Milliarden Euro an Schadenszahlungen, nach rund 1 Milliarde Euro in den Jahren davor.

Um das Risiko Hochwasser einschätzbar und somit versicherbar machen zu können, wurde bereits beginnend im Jahr 2002 gemeinsam mit dem Lebensministerium in Form eines Public Private Partnership – das Risikozonierungstool HORA (www.hora.gv.at) erarbeitet. HORA wird inzwischen breit genutzt und weiterentwickelt. So wurde das Tool im Vorjahr um 3D-Visualisierungen erweitert.

HORA 3D zeigt detailliert Hochwasserrisiken für das eigene Wohnumfeld und ermöglicht eine bessere Einschätzung der Gefahren. Am 16. Oktober wurde HORA 3D mit dem Staatspreis für Klimawandelanpassung ausgezeichnet.

GASTAUTOR DR. FRANZ PRETTENTHALER

Wie das Hochwasserrisiko *berechnet wird*



Gastautor
Dr. Franz Prettenthaler
Direktor LIFE – Institute
for Climate, Energy
Systems & Society

Erneut brauchte es ein verheerendes Hochwasser im Herbst 2024, um uns vor Augen zu führen, dass ein umfassender Schutz vor den klimawandelbedingt steigenden Naturkatastrophen in Österreich noch nicht gegeben ist. Zwar wurde weiterhin viel in Hochwasserschutz investiert, und die Bevölkerung hat bessere Informationsgrundlagen zum eigenen Hochwasserrisiko als je zuvor, aber einen verlässlichen finanziellen Schutzschirm gibt es nicht.

Mit HORA 3.0 erfolgte 2021 aufbauend auf einer verbesserten Datenlage eine Neubewertung der Überflutungsflächen für Österreich. Das bot uns die Gelegenheit, die Quantifizierung des Hochwasserrisikos auf die neue Datenlage zu aktualisieren und in weiterer Folge Implikationen für die Tarifgestaltung eines solchen möglichen Schutzschirmes, des NatKat-Modells abzuleiten. Zusätzlich zur Verwendung der neu berechneten HORA-Zonen wurde auch in der Erstellung des Gebäudedatensatzes auf die aktuellen Datenkörper zurückgegriffen, um die Gebäudewerte mit den Hochwasserzonen in der höchstmöglichen räumlichen Auflösung zu verknüpfen. Der Fokus dieser Arbeiten lag auf der Bewertung des Hochwasserrisikos für Wohngebäude. Insgesamt wurden 2.163.833 Wohngebäude in Österreich erfasst.

Kapitalbedarf rund 7 Milliarden Euro

Zur Abschätzung des Schadenpotenzials wurde ein Modell herangezogen, das bereits in der vorangegangenen Studie verwendet wurde. Dieses wurde mithilfe rezenter Ergebnisse aus der Literatur weiterentwickelt, wobei eine verbesserte Abhängigkeitsstruktur zur Gleichzeitigkeit von Hochwasserereignissen auf Gemeindeebene herangezogen wurde sowie Informationen zur Überschwemmungshöhe für die Unterscheidung zwischen Klein- und Großschaden berücksichtigt wurden. Unter der Annahme, dass Schäden in HORA-Zonen mit einer Wasserhöhe größer als 0 cm (Damage onset level DOL = 0 cm) anfallen, weisen die Modellergebnisse für Wohngebäude in Österreich einen erwarteten jährlichen Schaden von 240 bis 285 Millionen Euro aus, was in etwa 0,15% des gesamten Gebäudewertes entspricht. Weiters liegt der Value-at-Risk, der einem 200-jährigen Ereignis entspricht, zwischen 6,6 und 6,8 Milliarden Euro. Das entspricht jenem Kapitalbedarf, den eine Versicherung nach europäischem Recht in etwa vorhalten müsste, um dieses Risiko für ganz Österreich zu versichern.

Prävention wirkt nachweislich schadenmindernd

Dieses Modell macht auch deutlich, wie effektiv Prävention auch auf Einzelgebäudeebene ist: Gelänge

es z.B. durch bauliche Maßnahmen, alle Gebäude objektseitig vor einem Hochwasser von bis zu 60 cm zu schützen, sinkt der erwartete jährliche Schaden auf etwa 125 Millionen Euro, was in etwa 0,07% des gesamten Gebäudewertes entspricht. Weiters liegt der Value-at-Risk in diesem optimistischen Szenario bei 3,5 Milliarden Euro.

Gefährdung durch Starkregen nimmt zu

Die aktuellen Ergebnisse umfassen die Modellierung des fluvialen Hochwasserschadens. Das Hochwasser 2024 lehrt uns jedoch, dass die Hochwassergefahr nicht mehr nur von steigenden Bächen und Flüssen ausgeht, sondern Starkregen fast jede Fläche, ins-

besondere Hänge in eine Gefahrenquelle für unser Hab und Gut verwandeln kann. Erstmals sind diese Flächen auch in HORA ausgewiesen. Daher berechnen wir aktuell ein Überschwemmungsschadenmodell für dieses, von Starkregen ausgehende Risiko. Die Ergebnisse werden auch helfen, Schlussfolgerungen für die bessere Koordinierung des öffentlichen und privaten Schutzes vor Naturkatastrophen in Österreich zu ziehen. Signale der Hoffnung gibt es von europäischer Seite: Sowohl die Europäische Zentralbank, die Versicherungsaufsichtsbehörde als auch der Europäische Stabilitätsmechanismus weisen nun vermehrt auf das systemische Risiko, das für unsere Volkswirtschaften durch die große Versicherungslücke bei Naturkatastrophen besteht, hin.

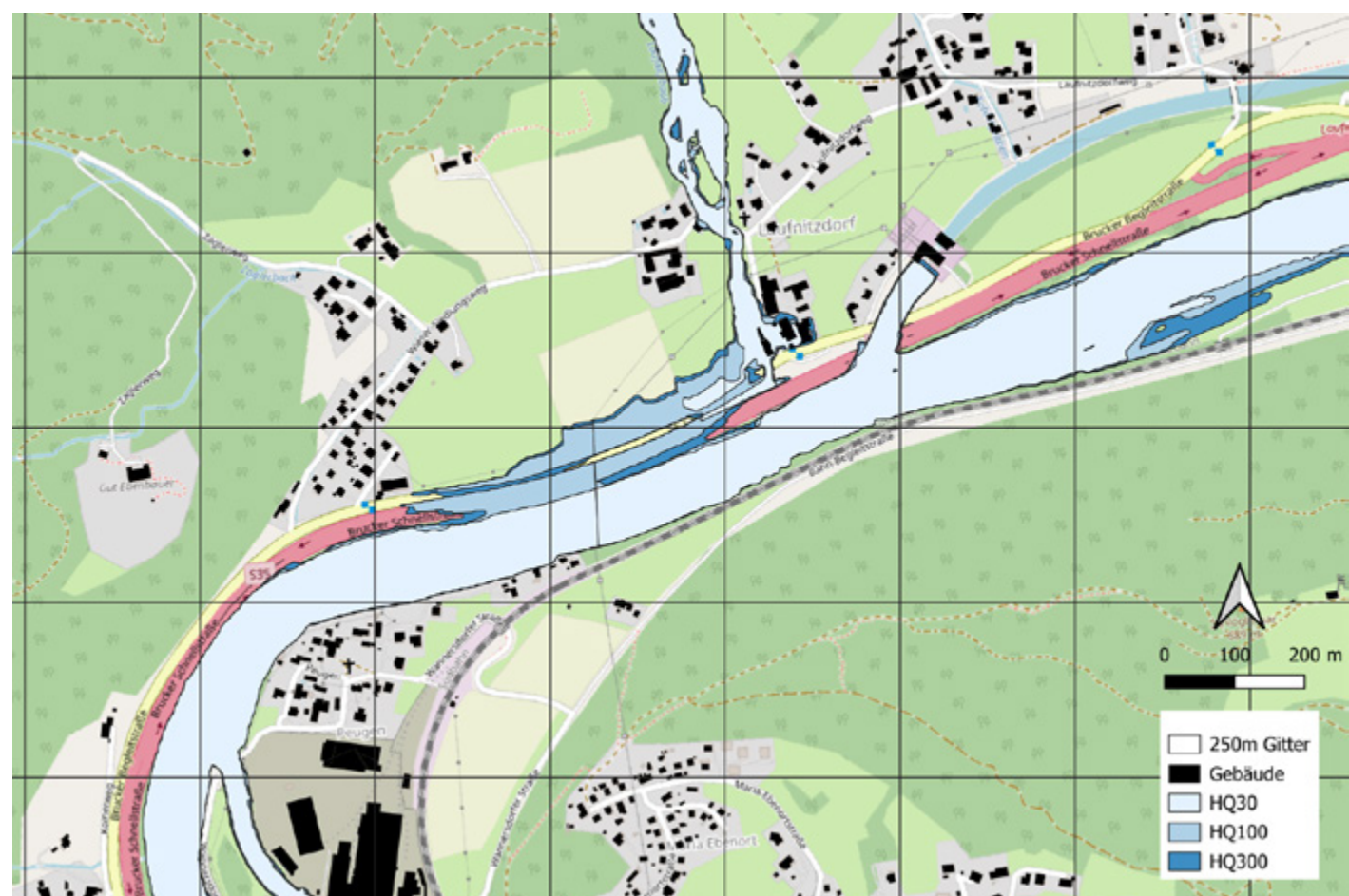


Abbildung 1 | Beispiel für die konkrete Gebäudeverortung anhand von Laufnitzdorf (Frohnleiten, Graz-Umgebung) mit aktualisierten HORA-Zonen Stand 2023 | Quelle: JOANNEUM RESEARCH-LIFE. HORA-Zonen: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft. Basislayer: OpenStreetMaps.

GASTAUTOR RICHARD GRIEVESON

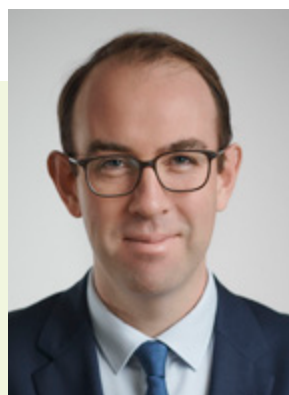
Wieder *widerstandsfähig*:

Aussichten, Herausforderungen und Chancen für MOSOE
inmitten der Auswirkungen der Großmachtpolitik

Die Volkswirtschaften der MOSOE-Staaten (Mittel-, Ost- und Südosteuropa) haben sich in den letzten Jahren weiterhin gut entwickelt und Deutschland, Österreich und den Euroraum deutlich übertroffen. Und das trotz einer Vielzahl von Herausforderungen, darunter die Folgen der Pandemie, Russlands groß angelegter Einmarsch in der Ukraine, die höchste Inflation seit Jahrzehnten und jetzt Donald Trumps Handelskrieg. Wieder einmal hat die MOSOE ihre Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt und es den Unternehmen in der Region ermöglicht, weiterhin gute Gewinne zu erwirtschaften, selbst wenn die westeuropäischen Heimatmärkte zu kämpfen hatten. Für den Rest der Jahre 2025 und 2026 wird MOSOE weiterhin von Handelskriegen und Russlands Krieg in der Ukraine betroffen sein. Dennoch sollte die Region in der Lage sein, weiterhin stark zu wachsen und inmitten der geopolitischen Spannungen sogar neue Chancen zu finden.

Der Handelskrieg selbst wird MOSOE nicht sehr direkt betreffen. Kein Land der Region exportiert sehr viel direkt in die USA. Zwar wird die Region indirekt betroffen sein, insbesondere über Deutschland, für das die USA ein sehr wichtiger Exportmarkt sind. Doch selbst wenn Donald Trump seine am 2. April angedrohten Zölle (die größtenteils für drei Monate ausgesetzt wurden) in die Tat umsetzt, werden die Auswirkungen auf das BIP der Region nicht sehr groß sein. Das wiiw schätzt, dass der kurzfristige Schaden etwa 0,5 Prozentpunkte des BIP betragen würde, während die längerfristigen Auswirkungen mit 0,1-0,2 Prozentpunkten des BIP wesentlich geringer wären. Einige Länder könnten sogar leicht profitieren, da der Handel umgelenkt wird. (Abbildung 1)

Schwieriger zu beurteilen sind die Auswirkungen auf das Vertrauen. Während die Zölle selbst überschaubar sind, könnte die durch die chaotische US-Politik verursachte Unsicherheit problematischer sein. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass Unternehmen und Verbraucher ihre Ausgabenpläne zurückhalten, bis sich der Staub gelegt hat und die Situation klarer wird. Leider könnte dies angesichts der von Trump bevorzugten Vorgehensweise einige Zeit in Anspruch nehmen.



Gastautor
Richard Grievson
ist stellvertretender
Direktor des wiiw.

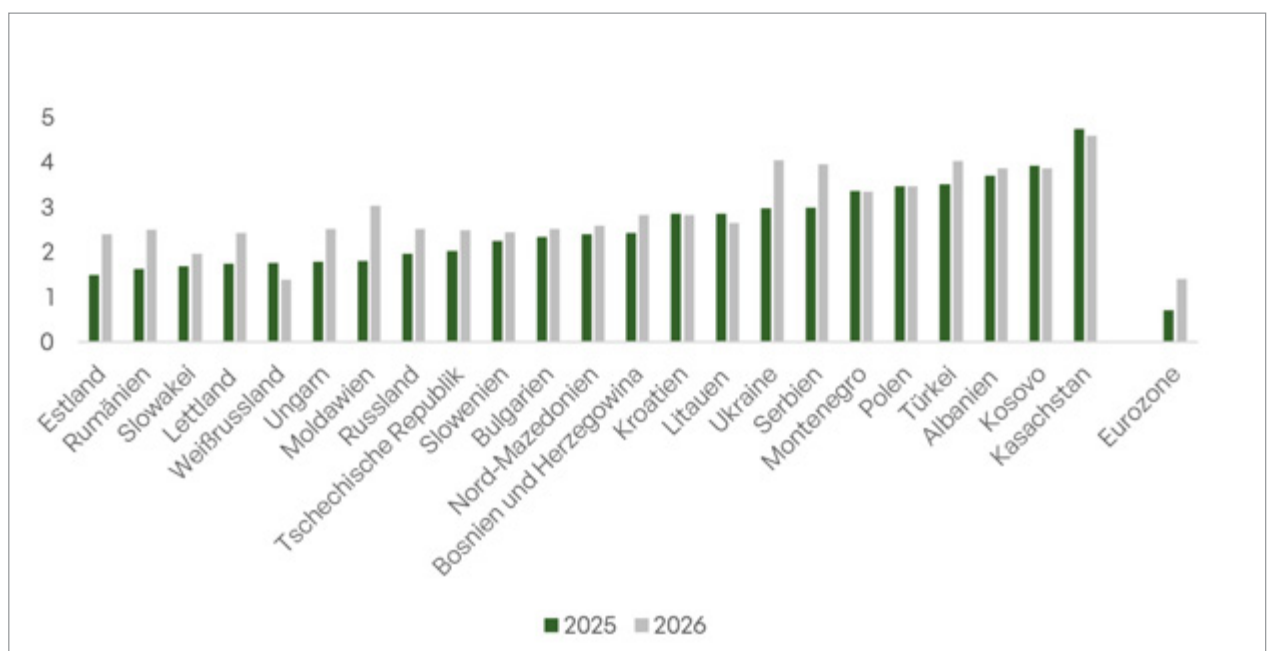


Abbildung 1 | Exporte in die EU und die USA, % des BIP, 2023

Quellen: Eurostat, nationale Quellen, wiiw.

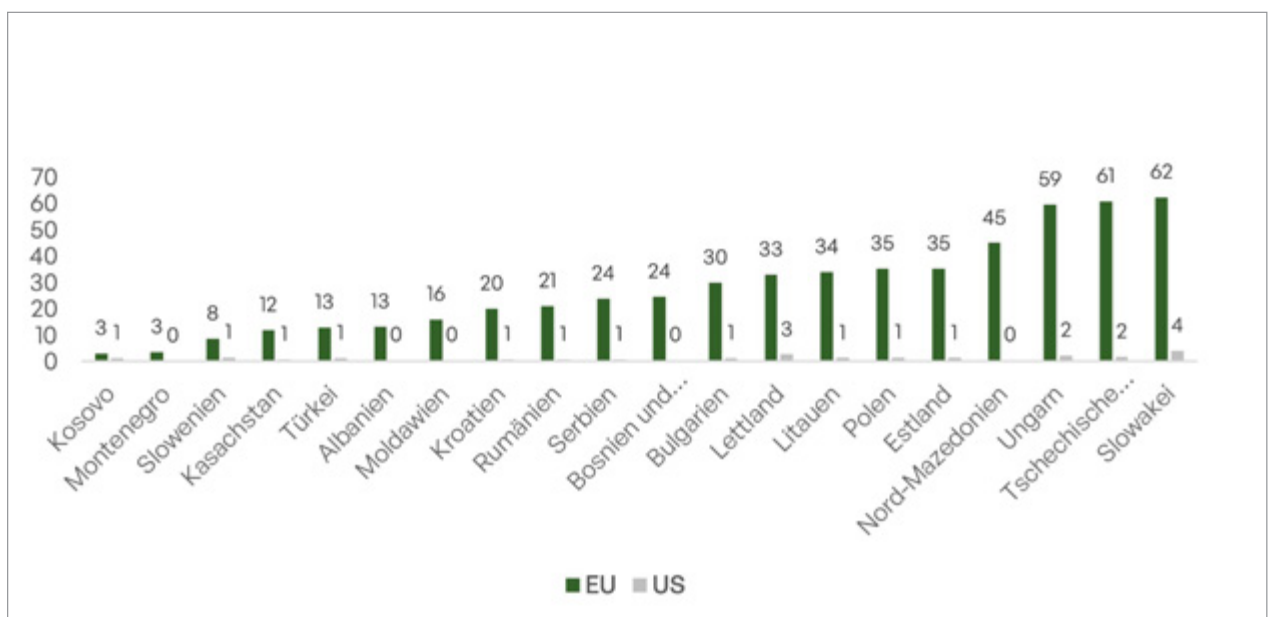


Abbildung 2 | Prognose des realen BIP-Wachstums, % pro Jahr

Quelle: wiiw-Prognosen vom April 2025.

In unserer Frühjahrsprognose für die MOSOE-Länder haben wir die Aussichten für 2025 leicht nach unten korrigiert, da wir davon ausgehen, dass die US-Zölle zwar gegenüber dem derzeitigen Stand erhöht werden, aber nicht auf das am 2. April angedrohte Niveau, und dass die dadurch entstehende Unsicherheit das Wachstum ebenfalls belasten wird. Dennoch erwarten wir für die Region in diesem Jahr ein Wachstum von 2,6 %, das deutlich über dem des Euroraums (0,7 %) liegt. Im Jahr 2026 erwarten wir für MOSOE ein Wachstum von 3,1 %, das wiederum mehr als doppelt so hoch ist wie das des Euroraums (1,4 %). (Abbildung 2)

Das Wachstum wird weiterhin in erster Linie vom privaten Verbrauch getragen, wobei die Reallöhne aufgrund der angespannten Lage auf den Arbeits-

märkten in den meisten Ländern stark steigen. Dieses Realeinkommen wird in erster Linie für Konsumgüter ausgegeben, ein Teil fließt aber auch in Ersparnisse, Investitionen und Immobilien. Die Investitionsaussichten sind ebenfalls positiv, da die Realzinsen sinken, EU-Mittel fließen und ausländische Investoren weiterhin an der Region interessiert sind. Unter diesen sind die Aussichten für die Staatsausgaben eher gemischt: Einige Länder planen, ihre Ausgaben in diesem Jahr zu erhöhen, während andere entweder aufgrund von EU-Vorschriften oder aufgrund des Drucks des Anleihemarktes gezwungen sind, ihre Ausgaben zu kürzen.

In Anbetracht der schwierigen externen Bedingungen bestehen natürlich Abwärtsrisiken für diese Aussichten. Erstens könnte sich die chaotische US-Politik stärker



© Adobe Stock

negativ auf den Verbrauch und die Investitionen auswirken, als wir derzeit erwarten. Sie könnte auch die Anleiherenditen in der gesamten Region in die Höhe treiben und die Regierungen zu umfangreichen Haushaltskürzungen zwingen, auch wenn es dafür bisher keine Anzeichen gibt. Zweitens könnte sich Trump dazu entschließen, die für den 2. April angedrohten Zölle gegen Europa in vollem Umfang zu erheben. Obwohl die direkten Auswirkungen auf MOSOE begrenzt wären, wären die indirekten Auswirkungen über Deutschland bedeutender. Drittens könnten die USA die Ukraine im Stich lassen, was zu einer Niederlage führen würde, die negative Auswirkungen auf MOSOE hätte. In einem solchen Szenario könnten sich viele Investoren auch davor hüten, langfristiges Kapital in anderen nahe gelegenen MOSOE-Ländern anzulegen.

Diese Risiken sind zwar wichtig, aber es gibt auch viele Chancen in der Region, selbst unter den derzeit schwierigen äußeren Bedingungen. Erstens profitiert MOSOE in einem Klima des verstärkten

geoökonomischen Wettbewerbs und der Blockbildung von „near-shoring“-Investitionen westlicher Unternehmen, die ihre Produktion näher am Heimatort halten wollen. Die Investoren schätzen die Nähe der Region zu Westeuropa, sie kennen die Märkte gut, und selbst unter den Nicht-EU-Mitgliedern ist eine zunehmende Angleichung der Regulierung an die EU zu beobachten, da der EU-Erweiterungsprozess fortgesetzt und auf neue Länder ausgedehnt wird. Zweitens stellt die deutsche fiskalische Kehrtwende als Reaktion auf Trumps Präsidentschaft und die Lockerung der fiskalischen Regeln auf EU-Ebene in Bezug auf die Verteidigungsausgaben eine große Chance für MOSOE dar. Vor allem ab 2026 werden diese Entwicklungen das Wachstum in Deutschland erhöhen, und das wird schnell und stark auf die MOSOE übergreifen. Die Region ist über Handel, Tourismus, Geldüberweisungen und andere Finanzströme stark mit Deutschland verflochten. Drittens: Wenn der Krieg in der Ukraine endet und der Wiederaufbau beginnt, werden die MOSOE-Länder davon

profitieren. Es wird eine große Nachfrage nach Fachwissen, Materialien und qualifizierten Arbeitskräften aus nahe gelegenen Ländern wie Polen, Rumänien und den baltischen Staaten geben. Sobald Frieden herrscht, können EU-Unternehmen arbeitsintensive Produktionen in die Ukraine auslagern, wo die Arbeitskosten niedriger sind, und von dem großen Verbrauchermarkt dort profitieren.

Die Welt hat sich seit der Wahl von Donald Trump zum zweiten Mal zum US-Präsidenten ziemlich dramatisch verändert, und dies wird viele Herausforderungen für MOSOE mit sich bringen. Aber wieder einmal zeigt die Region ihre Widerstandsfähigkeit und ihre Fähigkeit, in schwierigen Zeiten viel stärker zu wachsen als Westeuropa. Und inmitten der Volatilität bieten sich Chancen, die die MOSOE-Märkte auch in den kommenden Jahren zu einem attraktiven Standort für Unternehmen machen werden.

Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Think Tank, der seit fast 50 Jahren volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen zu derzeit 23 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas erstellt. Zudem betreibt das wiiw Forschung zu Makroökonomie, Handelsfragen, Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen, zum europäischen Integrationsprozess, zu Regionalentwicklung, Arbeitsmärkten, Migration und Einkommensverteilung.

Versicherungen in Zahlen *VVO-Jahresbericht 2024*

Als Interessensvertretung der österreichischen Versicherer ist der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs VVO erster Ansprechpartner und gemeinsame Stimme der Versicherungsbranche gegenüber Entscheidungsträgern, Institutionen und der Öffentlichkeit. Der VVO unterstützt seine Mitglieder in rechtlichen, politischen und internationalen Angelegenheiten. Mit seinen Fachsektionen, Komitees, den operativen Einheiten sowie der hoheitlich beliehenen Abwicklung der Kfz-Zulassung, Informations- und Beschwerdestelle leistet der VVO einen wesentlichen Beitrag zum österreichischen Versicherungswesen.

Geballte Information auf 105 Seiten

Im VVO-Jahresbericht 2024 geben Expertinnen und Experten des VVO einen Überblick über Entwicklungen und Leistungen der österreichischen Versicherungswirtschaft im vergangenen Jahr. Der Bericht enthält eine Fülle von Daten, Fakten und Zahlen. Detaillierte Statistiken verdeutlichen die Bedeutung und den Einfluss der Versicherungsbranche auf die österreichische Wirtschaft und Gesellschaft. Der VVO-Jahresbericht 2024 kann auf der Website des VVO heruntergeladen werden. www.vvo.at





© Adobe Stock

Sicher auf Achse: Unfallrisiken und Versicherungspflichten

Sommerzeit ist Reisezeit. Für viele Menschen ist das eigene Kfz das bevorzugte Fortbewegungsmittel in den Ferien. Der eigene fahrbare Untersatz verspricht Flexibilität, Unabhängigkeit und die Möglichkeit, auch abgelegene Orte spontan zu erkunden.

Hier geht's zum Meldeformular Kfz-Unfall mit ausländischer Beteiligung:



wonet.vvo.at/
wonet_kfzunfall

Die individuelle Mobilität hat jedoch auch ihre Schattenseiten: Verstopfte Straßen, lange Reisezeiten und erhöhte Unfallgefahren überlagern den Traum von grenzenloser Freiheit.

Rund 37.000-mal krachte es im Vorjahr auf Österreichs Straßen. Die Hauptgründe waren Unachtsamkeit, Ablenkung und nicht angepasste Fahrgeschwindigkeit. 349 Menschen mussten dieses Fehlverhalten im Jahr 2024 mit dem Leben bezahlen. Auch wenn dies der niedrigste Wert seit 2021 ist und deutlich unter dem Wert von 2023 mit 402 Verkehrstoten ist, ist es dennoch eine traurige Bilanz. Als Transitland verzeichnet Österreich generell eine hohe Anzahl ausländischer Kraftfahrzeuge. Viele Waren und Güter werden ganzjährig über das heimische Straßennetz in andere Länder geführt. Während der Ferienzeiten verdichtet sich das Verkehrsaufkommen durch private ausländische Kraftfahrzeuge weiter. Umgekehrt verreisen auch viele Österreicher mit dem PKW ins Ausland. Damit steigt auch das Unfallrisiko.

Wer haftet?

Dabei kommt die Kfz-Versicherung in den Fokus. Gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist die Kfz-Haftpflichtversicherung. Sie gilt für ein in Österreich

zugelassenes Fahrzeug und ihr Geltungsbereich umfasst Europa im geografischen Sinn. Dasselbe gilt vice versa für Kraftfahrzeughaftpflichtversicherungen anderer europäischer Länder. Die Kfz-Haftpflichtversicherung in Europa soll sicherstellen, dass Menschen, die bei Verkehrsunfällen geschädigt werden, gut geschützt sind. Besonders wichtig ist, dass Betroffene auch dann Entschädigung bekommen können, wenn ein ausländisches Fahrzeug beteiligt ist – und zwar direkt in ihrem Heimatland. Dafür müssen sie leicht an alle nötigen Informationen und Ansprechpartner kommen.

Internationale Versicherungskarte – auch digital zulässig

Auch im Ausland muss bei Kontrollen der Exekutive nachgewiesen werden, dass zuhause eine aufrechte Kfz-Haftpflichtversicherung besteht. Als Beleg dafür benötigt man in einigen Ländern die Internationale Versicherungskarte (IVK). Traditionellerweise wird sie auch „Grüne Karte“ genannt, da sie früher auf einem Papier mit einem speziellen grünen Farbton gedruckt war. In vielen Ländern gilt zwar das amtliche Kennzeichen als Nachweis der bestehenden Haftpflichtversicherung; empfohlen wird jedoch trotzdem bei Auslandsreisen die IVK als Nach-

weis mitzunehmen. Seit Juli 2020 wird die „Grüne Karte“ auf weißem Papier gedruckt. In der Regel wird sie vom Versicherer automatisch ausgegeben, nach Anfrage per Post zugestellt, als PDF verschickt oder ins Kundenportal gestellt. Seit 1. Jänner 2025 kann die IVK flächendeckend auch digital, etwa als PDF auf dem Smartphone vorgewiesen werden. Sie gilt in vielen Ländern Europas und vereinfacht die Abwicklung von Unfällen im Ausland oder mit ausländischen Fahrzeugen.

Seit 75 Jahren international vernetzt

Damit das funktioniert, braucht es ein gut organisiertes System und internationale Absprachen. Dahinter steht das „Council of Bureau“ (COB), eine internationale Organisation. Sie koordiniert das System der „Grünen Karte“, dem Versicherungsbüros aus 47 Ländern angehören. Diese vertreten rund 1.500 Kfz-Versicherer in Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten. Außerdem betreut das COB das sogenannte „Besucherschutzsystem“, das dafür sorgt, dass Entschädigungen auch bei Auslandsunfällen geregelt werden können. Dazu gehören Entschädigungsstellen, Garantiefonds und Informationszentren in den EWR-Staaten. Das COB hat im Jahr 2024 sein 75-jähriges Bestehen gefeiert. Auch der österreichische Versicherungsverband VVO ist Teil dieses Systems.

Ausländerschadenbüro des VVO

Das „Ausländerschadenbüro“ des VVO übernimmt Aufgaben im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen mit (EU/EWR-)Auslandsbezug und erbringt (sonstige) Leistungen nach dem Verkehrsoferentschädigungsgesetz (VOEG). Bei Verkehrsunfällen mit ausländischen Fahrzeugen im Inland übernimmt der VVO die Ausforschung des ausländischen Versicherers, gibt bekannt, wer den Schaden im Inland außergerichtlich reguliert und wickelt „Spezialfälle“ ab. Verunfallt ein Österreicher im Ausland und ist auf Seiten des Schädigers ein im EU/EWR-Ausland zugelassenes Fahrzeug involviert, übernimmt der VVO unter gewissen Voraussetzungen die außergerichtliche Schadenabwicklung.



Print
plus
Digital!

Jetzt neu!

Early-Bird-Jahresabo 2025
4 Hefte VRW
bis 30. Juni 2025 um nur

98,00 EUR

statt 178,00 EUR
(inkl. MwSt. und Versand im Inland)

Juristische Expertise trifft wirtschaftliche Kompetenz im Versicherungswesen

- Schlagkräftig: Inhalt für Theorie und Praxis.
- Fachlich stark: Von Vordenker:innen für Nachdenker:innen.
- Immer voraus: Aktuelle Urteile, die Sie nicht verpassen sollten.

manz.at/vrw

MANZ

BERICHT AUS BRÜSSEL: VVO SETZT SICH FÜR BÜROKRATIEABBAU EIN

Mehr Rechtssicherheit, weniger Bürokratie: Diese Themen standen im Fokus einer Reihe hochrangiger Gespräche, die kürzlich in Brüssel stattfanden. Als Repräsentant der österreichischen Versicherungswirtschaft nahm der Generalsekretär des Verbands der Versicherungsunternehmen Österreichs VVO, Christian Eltner, an den Treffen teil und setzte sich für die Anliegen der Branche ein.

Vereinfachte EU-Regulatorik notwendig

Viele Vorschriften, immer strengere Auflagen: Viele Versicherer sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft beeinträchtigt. Hier brauche es einen neuen Ansatz, forderte Eltner. Die Versicherungswirtschaft sei ein wichtiger Risikoträger im Kampf gegen den Klimawandel und bei der Bewältigung demografischer Herausforderungen.

Europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken

Er verwies auch auf die Bedeutung der Branche als größter institutioneller Investor in der EU und



unterstrich, dass der Versicherungssektor einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Spar- und Investitionsunion (SIU) sowie der Kleinanlegerstrategie (RIS) leisten kann. Allerdings wären dafür angemessene und zweckmäßige Vorschriften, realistische Umsetzungsfristen

und faire Wettbewerbsbedingungen für alle Beteiligten erfolgsentscheidend. Nur so könne die europäische Versicherungswirtschaft ihre globale Wettbewerbsfähigkeit stärken und einen nachhaltigen Beitrag zur wirtschaftlichen Transformation leisten.

Universitätslehrgänge *Versicherungswirtschaft*

Im Oktober 2025 beginnen an den Standorten Graz/Linz/Wien die neuen Lehrgänge für Aus- und Weiterbildung in der Versicherungswirtschaft.

Unter der Dachmarke „Mehr Wissen“ bieten die Universität Graz, die Johannes Kepler Universität Linz sowie die WU Executive Academy seit mehr als dreißig Jahren einen Lehrgang an, der eine profunde und anerkannte akademische Ausbildung im Versicherungsbereich darstellt. In Koordination mit der Bildungsakademie der Österreichischen Versicherungswirtschaft BÖV in Wien ist der Universitätslehrgang kompakt, praxisbezogen und berufsbegleitend angelegt und dauert drei Semester.

Der Lehrgang richtet sich einerseits an Personen, die bereits Berufserfahrung oder Branchenkenntnisse besitzen, sei es als Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Versicherungsunternehmen oder als selbstständige Versicherungsmakler. Er bietet aber auch Studentinnen und Studenten sowie Maturantinnen und Maturanten, die in die Versicherungsbranche einsteigen möchten, die Möglichkeit einer fundierten Zusatzqualifikation.

Ziele

Grundidee des Lehrgangs ist es, ein breites Wissen rund um die Versicherungswirtschaft zu vermitteln. Die Lerninhalte sind auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Praxis ausgerichtet und werden sowohl von renommierten Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren als auch erfahrenen Expertinnen und Experten aus der Versicherungsbranche vermittelt.

Dauer

Die Lehrveranstaltungen können ideal berufsbegleitend – in geblockten Modulen an Freitagen und Samstagen – besucht werden. Die Studiedauer beträgt drei Semester (1 1/2 Jahre).

Zeugnis

Den Absolventinnen und Absolventen wird von der Universität die Bezeichnung „Akademische Versicherungskauffrau“ bzw. „Akademischer Versicherungskaufmann“ verliehen.

START UND ANMELDUNG

Die nächsten Lehrgänge beginnen im Oktober. Detaillierte Information zu Lehrgängen und Anmeldung finden Sie bei den jeweiligen Universitätsinstituten:

- **Karl-Franzens-Universität Graz:**
www.uniforlife.at/de/versicherungswirtschaft/
- **Johannes Kepler Universität Linz:**
www.versicherungslehrgang-jku.at
- **Wirtschaftsuniversität Wien:**
www.executiveacademy.at/de/programme/universitaetslehrgaenge/risiko-versicherungsmanagement/





Abbildung 1 | Bevölkerungspyramide 2000 – 2060: Der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung verdoppelt sich bis zum Jahr 2060 und beträgt rund 30 Prozent.
Quellen: Quelle: Grafik und Daten: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2024, Bevölkerung im Jahresdurchschnitt, STATatlas

7 Gründe warum betriebliche und private *Altersvorsorge* *immer wichtiger* *werden*

Die private und betriebliche Altersvorsorge spielen in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern immer noch eine untergeordnete Rolle. Dabei sprechen Zahlen, Daten und Fakten klar für einen Ausbau der zweiten und dritten Säule des Pensionssystems.

Formen des Zusammenlebens ändern sich

Der gesellschaftliche Wandel und neue Lebensmodelle wirken sich auf die Versorgung im Alter im traditionellen Familienverbund aus. Die Formen des Zusammenlebens ändern sich. Der Anteil der Paarhaushalte mit Kindern an den gesamten Privathaushalten ist rückläufig. Während er im Jahr 1985 noch bei 37,9 Prozent und im Jahr 2000 bei 33,5 Prozent lag, beträgt der Anteil an Ehepaaren bzw. Lebensgemeinschaften mit zumindest einem Kind im Jahr 2024 nur noch 25,9 Prozent. Die durchschnittliche Haushaltsgröße nimmt weiter ab. Aktuell leben durchschnittlich 2,17 Personen in einem Haushalt.

Gender Pension Gap in Österreich: 41,1 Prozent

Insbesondere ungleiche Erwerbskarrieren führen zu einem geringeren Alterseinkommen für Frauen aus der ersten Säule des Pensionssystems. Basierend auf den Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger betrugen im Jahr 2024 die durchschnittlichen Alterspensionen brutto, 14 Mal pro Jahr, von Frauen 1.409 Euro während bei Männern die durchschnittliche Alterspension bei 2.374 Euro lag. Damit liegen die monatlichen Alterspensionen von Frauen um 40,7 Prozent unter jenen der Männer, gemessen am Median betrug die Differenz sogar rund 47 Prozent. Der Gender Pension Gap hat sich im Zeitverlauf nur gering verändert. In den vergangenen dreizehn Jahren ist er nur um 4,0 Prozentpunkte zurückgegangen.

Längere Lebenserwartung – längere Pensionsdauer

Hinzu kommt, dass Frauen immer noch eine höhere Lebenserwartung als Männer haben, wobei sich die Differenz zwischen den Geschlechtern verringert.

Lebten Frauen in Österreich 1960 im Schnitt noch um 6,5 Jahre länger als Männer, waren es 2023 immer noch knapp 5 Jahre. 2023 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen 84,2 Jahre und bei Männern 79,4 Jahre. Bis 2060 wird ein Anstieg auf 89,9 Jahre bzw. 86,6 Jahre prognostiziert. Zudem wächst auch die Wahrscheinlichkeit für jeden Einzelnen sehr alt zu werden. Während beispielsweise die Wahrscheinlichkeit für einen 65-jährigen Mann im Jahr 1950 95 Jahre zu werden bei 0,9 Prozent lag, beläuft sie sich heute auf 12,5 Prozent. 2050 wird eine Wahrscheinlichkeit von 26,7 Prozent prognostiziert. Dazu kommt das Phänomen, dass die Mehrheit der Menschen ihre eigene Lebenserwartung aber immer noch unterschätzt. Es gibt Studien, die davon ausgehen, dass die eigene Lebenserwartung um rund 7 Jahre unterschätzt wird.

Österreich altert

2022 waren 19,5 Prozent der österreichischen Bevölkerung 65 Jahre oder älter. Im Jahr 2060 werden dies bereits 27 Prozent sein. Die Gruppe der Über-65-Jährigen wächst damit im Prognosezeitraum um 55,9 Prozent, jene der unter 15- bis 64-Jährigen schrumpft hingegen um 0,8 Prozent. Bei steigender Lebenserwartung nimmt der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter laufend ab. Kamen 2022 noch 51,1 Personen im nicht erwerbsfähigen Alter auf 100 Erwerbsfähige, so steigt diese Zahl bis 2060 auf 71,2. Ein Viertel der Gesamtbevölkerung wird dann bereits älter als 64 sein. Heute sind dies 19 Prozent der Menschen.

Sinkende Ersatzraten in der ersten Säule

Im aktuell verfügbaren Ageing Bericht aus dem Jahr 2024 geht die EU-Kommission für Österreich davon aus, dass zum Zeitpunkt des Pensionsantritts das Verhältnis zwischen Bruttopension und dem

letzten Bruttoerwerbseinkommen in der Aktivzeit im Schnitt von 54 Prozent (2022) auf 45 Prozent im Jahr 2070 sinkt.

Lebenserhaltungskosten in der Pension werden unterschätzt

Eine internationale Studie zeigt, dass die tatsächlichen Lebenserhaltungskosten in der Pension unterschätzt werden. Über-60-Jährige geben im Schnitt 50 Prozent ihres Einkommens für monatlich anfallende Fixkosten aus. Noch Berufstätige schätzen hingegen, dass sie nur 30 Prozent ihrer Pension zur Deckung der Fixkosten aufwenden müssen. Da diese Studie noch vor den Inflationsentwicklungen der letzten Jahre erstellt wurde, hat sich die Situation wohl noch deutlich verschärft.

Die Pension als Kaufkraftfaktor

Gleichzeitig fühlen sich ältere Menschen immer jünger und werden zunehmend konsumfreudiger, mobiler und aktiver. Sie sind vielseitig interessiert und wollen den Lebensstandard im Alter aufrechterhalten. Pensionshaushalte tätigen bereits jetzt schon knapp 30 Prozent der gesamten privaten Konsumausgaben.

Die erste Säule ist die Stütze des Pensionssystems. Ein nachhaltiges, generationengerechtes und integriertes Drei-Säulen-Pensionssystem erfordert jedoch dringend eine Stärkung der zweiten und dritten Säule in der Altersvorsorge. So hat auch Mercer erst kürzlich im Rahmen des Mercer CFA Institute Global Pension Index 2024 festgehalten, dass Österreich in der Subkategorie Nachhaltigkeit auf dem letzten Platz liegt. Die österreichische Versicherungswirtschaft sieht sich in der Verantwortung und hat Vorschläge für eine Stärkung der privaten und betrieblichen Vorsorge vorgelegt.

Digital optimiert

Das Kundenerlebnis verbessern, Vertriebspartner unterstützen, interne Prozesse beschleunigen, das Berichtswesen vereinfachen.

Die Versicherer nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung erfolgreich, um Innovationen voranzutreiben. Das wiederum sichert Arbeitsplätze und stärkt langfristig die Wettbewerbsfähigkeit.

Schnell mal geklickt und schon ist die Ware bestellt oder der Flug gebucht: Was Kundinnen und Kunden von anderen Branchen kennen, erwarten sie auch von ihrem Versicherer. Ein Versicherungsprodukt abschließen, einen Schaden abwickeln, Abrechnungen einreichen – das alles ist längst Realität bei den österreichischen Versicherern und erleichtert den Alltag für alle Beteiligten. Dass dahinter große Projekte stehen und eine Reihe regulatorischer Anforderungen erfüllt werden müssen, bedenken Wenige.

Zuhören, was die Kunden wollen

Digitale Prozesse müssen schnell, sicher und vielseitig einsetzbar sein. Es gibt einige Eckpfeiler, die für Erfolg und Realisierbarkeit wesentlich sind. Was erwarten die Kundinnen und Kunden? Wie wird das Geschäftsmodell im Interesse der Risikogemeinschaft verwirklicht? Werden auch die regulatorischen Vorgaben umfassend abgebildet? Neben all diesen Aspekten gilt es auch, die gewünschte Flexibilität zu gewährleisten und auf neue Entwicklungen zu reagieren.

Elektronische Kommunikation – ja, bitte!

Elektronische Kommunikation zwischen Versicherern und Versicherungsnehmern sollte auch im vertraglichen Bereich nach allgemeinen zivilrechtlichen Grundsätzen möglich sein und nicht mehr als Ausnahme gelten. Dies würde den Alltag erleichtern, die Versicherungswirtschaft gegenüber anderen Branchen gleichstellen und erheblich zur Reduktion von CO₂-Emissionen beitragen, da regulatorische Anforderungen jährlich etliche Tonnen Papier verbrauchen. Die geforderte Streichung der gesonderten und ausdrücklichen Vereinbarungspflicht (§ 5a VersVG) wäre ein Schritt zur Vereinfachung und zum Bürokratieabbau. Das aktuelle Regierungsprogramm sieht zudem ohnedies die Vereinheitlichung der Formvorschriften im Zivilrecht und den Abbau überflüssiger Formalvorschriften vor.

Persönliche Beratung bleibt im Mittelpunkt

Wird die digitale Kommunikation das persönliche Gespräch ersetzen? Aktuell sieht es nicht danach aus. Denn: Der Vertrieb von Versicherungen hat viel mit Vertrauen zu tun. Die meisten Unternehmen setzen daher auf ein hybrides Modell, also die Kombination aus digitalen Prozessen sowie persönlicher Beratung. Der Mensch wird auch in einer digitalen Welt die wichtigste Ansprechperson bleiben. Vielfältige Vertriebswege sind eine Grundvoraussetzung, um alle Personen bestmöglich zu servieren und zu erreichen.

Mit Daten richtig umgehen

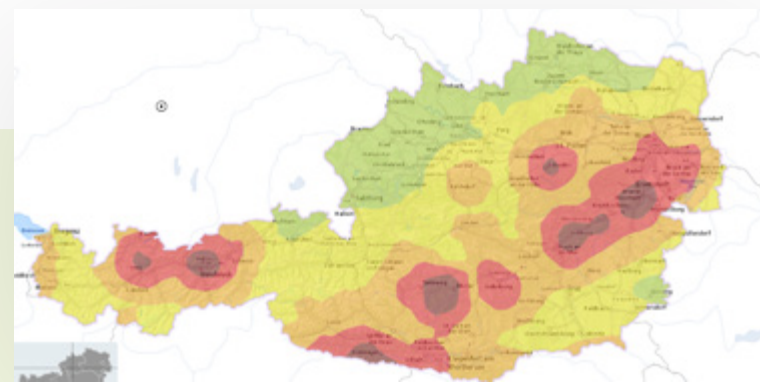
Eine große Herausforderung für Versicherer sind ständig wachsende Datenmengen. Sie bieten eine Menge an Informationen und lassen neue Analysen zu. Doch dafür braucht es die richtigen Systeme. Auch hier kommen neue Technologien ins Spiel. Durch maschinelles Lernen und umfassende Datenanalyse können Algorithmen große Datenmengen schnell verarbeiten und Muster erkennen, die für das individuelle Geschäft relevant sind. Das bedeutet eine enorme Effizienzsteigerung. Vor allem in den Bereichen Risikoprüfung, Schadenmeldung und -bearbeitung, Kundenservice, Vertragsbearbeitung sowie interner Kommunikation und Wissensmanagement sparen diese Tools Zeit und schaffen Synergien. Derzeit befinden sich viele Versicherungsunternehmen in einer entscheidenden Phase der Implementierung und Skalierung von modernen Technologien. Letztendlich kommen diese Entwicklungen den Kundinnen und Kunden zugute.

Powerhouse EDIVKA: digitaler Datenaustausch im Gesundheitswesen

Bereits seit den 2000er Jahren hat die Digitalisierung das Gesundheits- und Versicherungswesen erfasst. Private Krankenversicherungsunternehmen haben sehr früh erkannt, wie wichtig es ist, standardisierte Prozesse digital abzubilden. Ein bedeutendes Projekt in diesem Bereich ist EDIVKA, was für Electronic Data Interchange zwischen Versicherungen und Krankenanstalten steht. EDIVKA vereinfacht die Leistungsabrechnung, beschleunigt die Abläufe und senkt administrative Kosten zwischen Krankenhäusern und Versicherungen für Kostenübernahmen, Leistungsabrechnungen, Zahlungssavise und Befundübermittlung. Damit ersetzte EDIVKA Papierabrechnungen über Post oder Fax durch eine elektronische und sichere Datensiene. EDIVKA setzt damit auch weiterhin erfolgreich Maßstäbe für die Zukunft der digitalen Vertragsabwicklung.

Erfolgreicher Start vor 25 Jahren

EDIVKA wurde schrittweise eingeführt. Im März 2001 starteten drei Pilot-Privatkrankenanstalten mit der elektronischen Übermittlung von Kostenübernahmen und bereits bis 2004 konnten einige Vertragspartner vollständig elektronisch abrechnen. Die Vorteile von EDIVKA, wie Datenschutz, Sicherheit, Reduktion des Administrationsaufwandes und schnellere Durchlaufzeiten waren überzeugend und so nahmen über die Jahre immer mehr Vertragspartner der privaten Krankenversicherer, nämlich Krankenanstalten und Ärztekammern an EDIVKA teil. EDIVKA ist mittlerweile seit vielen Jahren flächendeckend in ganz Österreich mit allen Vertragspartnern im stationären Bereich über den VVO umgesetzt.



WUSSTEN SIE, DASS

95 Prozent aller Österreicherinnen und Österreicher das Internet nutzen?

Quelle: Statistik Austria

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Internet-Nutzung ist HORA, die digitale Gefahrenkarte zur Risikowahrnehmung von Naturgefahren, www.hora.gv.at, siehe auch den Beitrag auf den Seiten 4/5.

One-Stop-Service bringt weitere Erleichterung

Ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Abrechnungsprozesse für Privatversicherte ist der One-Stop-Service. Da zwischen Sozialversicherungsträgern und privaten Krankenversicherern kein Datenaustausch stattfindet, müssen Patientinnen und Patienten derzeit jährlich Millionen Privatarztrechnungen doppelt einreichen. Seit 2024 müssen auch Wahlärztinnen und Wahlärzte an ELGA angebunden sein und Abrechnungsdaten elektronisch an die Sozialversicherung übermitteln. Privatversicherte würden von einem One-Stop-Service profitieren, wenn Abrechnungsdaten nach der Bearbeitung durch die Sozialversicherung auch direkt an die private Zusatzversicherung weitergeleitet werden. Voraussetzung ist natürlich die Einwilligung des Versicherten und die Einhaltung von datenschutzrechtlichen Vorschriften. Dieser One-Stop-Service führt zu einem Wegfall von Mehrfacheinreichungen, weniger Papierverbrauch und mehr Effizienz.

Vielversprechende Zukunftsaussichten

Das Vorhaben, mehr Versichertenservice und Verwaltungseffizienz zu bieten, ist bereits im aktuellen Regierungsprogramm verankert. Ein abgestimmter Gesetzestext liegt als Diskussionsgrundlage vor, Gespräche mit den Sozialversicherungsträgern sind im Gange.

Versicherung *anno dazumal*

Die Geschichte der Versicherungen in Österreich reicht weit zurück. Erste Vorläufer gab es bereits im Mittelalter und der frühen Neuzeit.



Eine erste Initiative zur Gründung privater Versicherungsgesellschaften fand unter Maria Theresia statt, um nach dem Muster Deutschlands Feuerasozietäten zu etablieren. Die große Stunde der Versicherung in Österreich schlug 1819 mit der kaiserlichen Entschliebung durch Franz I. (II.).

„Magna Charta der Versicherung“

Der Kaiser gewährte „Feuerversicherungsanstalten“ attraktive Privilegien und schuf so die Grundlage für einen Gründungsboom. Innerhalb nur weniger Jahre entstanden zahlreiche Versicherungsunternehmen, die es auch heute noch gibt. Zwei Jahrzehnte folgte eine weitere Gründungswelle und immer mehr Anbieter offerierten ihre Versicherungsprodukte.

Kreative Reklame

Um im zunehmenden Wettbewerb hervorstechen und ihre Produkte anzupreisen, setzten viele Versicherungsgesellschaften auf Reklame. Einige kreative Beispiele früherer Werbung sind heute noch erhalten und verleiten mitunter zum Schmunzeln.



Fokus Finanzbildung

Wirtschafts- und Finanzbildung zählt zu den Schlüsselqualifikationen und muss deshalb ein wesentlicher Bildungsinhalt sein. Schon seit Jahren zeigen Studien, dass es in Österreich zu diesem Thema großen Aufholbedarf gibt. In großen Gruppen der Bevölkerung fehlt es an Wissen über Grundbegriffe von Geld und Finanzen. Besonders bei jungen Menschen kann dieser Mangel fatale Auswirkungen auf ihr späteres Leben haben: Wer sich in Geldfragen nicht auskennt, trifft schlechte Entscheidungen und läuft Gefahr, in die Schuldenfalle zu geraten.

Ein gutes Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen und Finanz-Know-How sind die Basis, um für sich selbst und andere tragfähige Entscheidungen zu treffen. Der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs VVO fördert seit

vielen Jahren entsprechende Bildungsinitiativen. Auf unterschiedlichen Ebenen und mit treffsicherer Ansprache sollen junge Menschen so auf einen gesunden Umgang mit Geld vorbereitet werden.

Spielerisch den Umgang mit Risiko lernen

„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ sagt ein altes Sprichwort. Das gilt auch für Wissen rund ums Geld und so sollen Kinder möglichst früh an das Thema herangeführt werden, natürlich auf für sie geeignete Weise. Um Lehrkräfte zu unterstützen, hat der VVO in Kooperation mit der „Initiative für Teaching Entrepreneurship“ sowie der „Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems“ (KPH) ein Brettspiel entwickelt. LESS RISK, MORE FUN ist speziell für Kinder

und Jugendliche entwickelt, um sie spielerisch über Risiken und Versicherung zu informieren. Das Brettspiel ist seit vielen Jahren erfolgreich und nimmt bei vielen Lehrern einen Fixplatz in der pädagogischen Gestaltung ein.

Konsumverhalten hinterfragen

„Konsum ist Alltag. Konsum ist ein Statement. Ich bin, was ich konsumiere und wie ich konsumiere.“ Das ist das Motto der interaktiven Ausstellung COCO lab im Wirtschaftsmuseum in Wien. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt des Sozialministeriums, des damaligen Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus und des VVO. COCO steht für Conscious Consumer und vermittelt Jugendlichen zwischen 13 und 19 Jahren experimentell das Thema Konsum in seinen vielfältigen Ausprägungen.

Impressum

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs VVO, Schwarzenbergplatz 7, 1030 Wien.
Redaktion: Mag. Dagmar Straif, Mag. Daniela Auer, Mag. (FH) Isabella Eitner,
Layout und Druck: Dockner druck@medien, 3125 Kuffern, dockner.com,
Erscheinungsort: Wien

Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter www.vvo.at/impressum ständig aufrufbar. Perspektiven erscheint 4 x jährlich in einer Auflage von 1000 Stück; Grundlegende Richtung: Informationen über das österreichische und internationale Versicherungswesen.

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.